Kanton Zürich
Sozialversicherungsgericht und Schiedsgericht
in Sozialversicherungsstreitigkeiten

RECHENSCHAFTS-BERICHT 2025

Im Wandel
Das vergangene Jahr stand für das Gericht im Zeichen des Wandels. Reorganisation, digitale Transformation und die Planung eines Neubaus markieren Schritte in eine neue Phase. Die begleitenden Fotografien greifen diesen Prozess auf und machen sichtbar, wie sich die Thematik Veränderung im Arbeitsalltag und in unserer Umgebung zeigt.

Inhaltsverzeichnis

1 Überblick 2025 3

2 Zusammensetzung der Geschäftsleitung, der Kammern und des angegliederten Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten 7

3 Personelles 9

3.1 Übersicht 9

3.2 Belegschaft 10

3.3 Schulung und Weiterbildung 12

4 Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte 14

4.1 Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte 14

4.2 Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte 14

5 Sachliche Zuständigkeit 15

5.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts 15

5.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten 15

6 Rechtsprechung 16

Anhang

Statistische Übersichten 17

Sozialversicherungsgericht 17

Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten 23

Abkürzungen 24

Adresse Umschlag

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen einunddreissigsten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, 25. März 2026

Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Die Präsidentin
RA lic. iur.
Annette Grieder-Martens

Die Generalsekretärin
MLaw
Fabienne Fonti

1 Überblick 2025

Der Rechenschaftsbericht informiert ab Seite 3 über den Geschäftsgang des Sozialversicherungsgerichts und des ihm angegliederten Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten sowie ab Seite 7 über die personelle Besetzung der Gerichtsleitung, der Kammern und des Generalsekretariats.

Eine Zusammenfassung der Arbeiten in der gemeinsamen Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte findet sich auf Seite 14.

Der Rechenschaftsbericht gibt auf Seite 15 Auskunft über die sachliche Zuständigkeit und verweist auf Seite 16 zur Rechtsprechung auf die Internetseite des Gerichts, wo sich die Entscheidsammlung abrufen lässt. Im Anhang des Berichts, ab Seite 17, finden sich statistische Übersichten, die einen vertieften Einblick in den Geschäftsgang ermöglichen.

Am Ende des Rechenschaftsberichts, auf Seite 24, findet sich eine Übersicht über die verwendeten Abkürzungen.

Sozialversicherungsgericht

Einleitung

Nach erfolgreichem Pendenzenabbau mit Stabilisierung der hängigen Prozesse auf einer nahezu idealen Grösse und sinkenden Eingängen in den Vorjahren stiegen die Eingänge im Berichtsjahr 2025 um 16 % an. Dies führte in Verbindung mit einem tieferen Personal- und Richterbestand zu einem deutlichen Pendenzenanstieg. Auf verschiedenen Ebenen befindet sich das Gericht im Wandel: Per 1. Juli 2025 konstituierte sich das Gericht nach eingehender Evaluation seiner Organisation neu in drei statt in fünf Kammern, was für Beständigkeit sorgt. Um die laufenden und bevorstehenden Digitalisierungsprojekte koordiniert umsetzen zu können, erarbeitete das Gericht eine Projektorganisation für die Digitale Transformation und beschloss die Pilotierung der Plattform justitia.swiss mit der Suva. Mit dem Beginn der ersten Bauarbeiten im Spätsommer rückten der Neubau des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich und die damit verbundenen Veränderungen in greifbare Nähe.

Geschäftslast

Die Geschäftslast hat sich im Jahr 2025 erhöht. Nachdem die Eingänge in den letzten Jahren gesunken und im Jahr 2024 erstmals wieder angestiegen waren, verzeichnete das Sozialversicherungsgericht im aktuellen Berichtsjahr einen deutlichen Anstieg der Eingänge. Bei insgesamt tieferem Personalbestand unter anderem infolge bewussten Nichtersetzens von Abgängen in den Vorjahren, zunächst defensiver Rekrutierungsstrategie beim Anstieg der Eingänge und gleichzeitigem Einsatz personeller Ressourcen für Projekte im Zusammenhang mit der bevorstehenden Digitalisierung nahmen die Pendenzen erheblich zu.

Eingänge

Im Berichtsjahr sind am Sozialversicherungsgericht insgesamt 2099 Beschwerden und Klagen eingegangen, was einer Zunahme von rund 16 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Zugenommen hat die Anzahl neu eingegangener Fälle bei der Arbeitslosenversicherung (AL; + 95 Fälle; +38.2 %), der Invalidenversicherung (IV; +89 Fälle; +11.5 %), der Krankenversicherung (KV; +56 Fälle; +55.4 %), der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV; +34 Fälle; +25.0 %), der Unfallversicherung (UV; +26 Fälle; +11.8 %), der beruflichen Vorsorge (BV; +10 Fälle; +12.0 %) sowie der Erwerbsersatzordnung (EO; +3 Fälle; +150.0 %).

Ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres blieb die Anzahl der Neueingänge im Bereich der Zusatzleistungen zur AHV/IV (ZL; +2 Fälle; +1.5 %) sowie der Militärversicherung (MV; 1 Neueingang; Vorjahr ebenfalls 1 Neueingang). In den anderen Rechtsgebieten dagegen ist die Anzahl neu eingegangener Fälle gesunken, am deutlichsten im Rechtsgebiet der Zusatzversicherungen zur Krankenversicherung (KK; -23 Fälle; -30.7 %), der Opferhilfe (OH; -5 Fälle; -55.6 %), der Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜL; -4 Fälle; -80.0 %) sowie der Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall (EE; -3 Fälle; -37.5 %).

Im Jahresvergleich auf Seite 18 zeigt sich, dass die Anzahl Neueingänge in nahezu allen Rechtsgebieten über dem 5-Jahres-Durchschnitt lag. Nur bei den Rechtsgebieten EE, MV, OH und ÜL lag die Anzahl Neueingänge unter dem 5-Jahres-Durchschnitt. Beim prozentualen Anteil der Rechtsgebiete an den Neueingängen lagen jene in den Rechtsgebieten AHV, IV und KV über dem 5-Jahres-Durchschnitt; EO, KK, MV, OH und ÜL lagen nahezu im 5-Jahres-Durchschnitt und AL, BV, EE und UV lagen unter dem 5-Jahres-Durchschnitt.
Im Rahmen der seit 1. Januar 2024 geltenden Zuständigkeit für Beschwerden im Bereich des Selbstbestimmungsgesetzes (SB) war im Berichtsjahr erstmals ein Neueingang zu verzeichnen.

Erledigungen

2025 erledigte das Sozialversicherungsgericht 1555 Fälle. Das liegt in absoluten Zahlen über dem Vorjahr und unter dem langjährigen Durchschnitt. Es widerspiegelt den Umstand, dass im Zusammenhang mit dem Rückgang der Pendenzen Stellen von Gerichtsschreibenden abgebaut worden waren. Im Zeitpunkt des Anstiegs der Eingänge wurde vor dem Hintergrund der soeben abgeschlossenen Ausleihen von Gerichtsschreibenden an andere Gerichte zunächst zurückhaltend rekrutiert (Berichtsjahr 2024: -11.6 Vollzeitstellen seit 2019; aktuell: -9.1 Vollzeitstellen seit 2019). Ferner wirkte sich der Wegfall der beiden befristeten Stellen von Ersatzmitgliedern aus. Zudem sind die für die verschiedenen Projekte zur bevorstehenden Digitalisierung erforderlichen Ressourcen auch auf Ebene von Richterschaft und Gerichtsschreibenden erheblich im Steigen begriffen.

anierung im Jahr 2027

rren

ass die Eigentümerschaft im Jahr 2027 eine umfassende Sanierung der Gebäudenhülle plant. Ziel
ausubstanz zu erhalten, energetische Verbesserungen vorzunehmen und bestehende Mängel zu

sind unter anderem folgende Massnahmen vorgesehen:

reintritte bei Fenstern, Oblichtern und im Erdgeschoss
s in der Tiefgarage Haus 11
er Dachflächen inkl. Installation einer Photovoltaikanlage

Terminplan, die einzelnen Arbeitsschritte sowie organisatorische Hinweise,

ch nach vorheriger Ankündigung, den Zugang

Von den erledigten Fällen zogen die Parteien 224 (14.41 %) an das Bundesgericht weiter (Vorjahr 225 Fälle; 15.42 %). Von den an das Bundesgericht gelangten Entscheiden sind 83.04 % (Vorjahr 85.78 %) bestätigt worden. Gemessen an allen Erledigungen des Sozialversicherungsgerichts sind rund 98 % aller Entscheide entweder unangefochten rechtskräftig geworden oder vom Bundesgericht bestätigt worden. Dieses Ergebnis entspricht im Wesentlichen demjenigen der Vorjahre (siehe Seite 22).

Pendenzen
Die Tabelle auf Seite 17 zeigt, dass die Pendenzen im Berichtsjahr um 543 Fälle zugenommen haben. Diese Zunahme ist unter anderem auf den Stellenabbau in Kombination mit steigenden Neueingängen zurückzuführen. Das mittlere Alter (Median) der 1555 erledigten Fälle ist demgemäss um 1 Monat auf 7.8 Monate angestiegen, was über der durchschnittlichen Dauer des Instruktionsverfahrens von 6 Monaten liegt. Mit einer Anzahl von 1832 pendenten Fällen liegt das Sozialversicherungsgericht Ende Berichtsjahr nicht im Bereich des angestrebten Ziels, wenn auch die spruchreifen Fälle noch zeitnah erledigt werden konnten. Das mittlere Alter (Median) der Pendenzen ist gegenüber dem Vorjahr um 1.9 Monate auf 6.3 Monate angestiegen (siehe Grafik Seite 19).

Personelles
Am 31. März 2025 wählte der Kantonsrat das bisherige teilamtliche Mitglied (GLP, Teilamt 50 %) lic. iur. Benjamin Bachofner auf ein Vollamt als Ersatz für die per Ende September 2024 zurückgetretene Susanne Fankhauser (AL, Teilamt 50 %). Im Weiteren trat der Kantonsrat in der Sitzung vom 28. April 2025 auf den Antrag des Gerichts auf Verlängerung der beiden bis 30. Juni 2025 befristeten Stellen von Ersatzmitgliedern nicht ein.

Das Gericht hat im Berichtsjahr die Organisationsstruktur überprüft und von fünf auf drei Kammern umgestellt. Es hat damit auf veränderte Umstände wie die tiefere Richterkapazität reagiert und mögliche zukünftige Entwicklungen wie Altersrücktritte mehrerer erfahrener Richterinnen und Richter in dieser Amtsdauer berücksichtigt. Vakanzen können so besser abgefedert und teilamtliche Richterinnen und Richter vermehrt in Leitungsaufgaben einbezogen werden.

Diese Umstellung erfolgte im Juli 2025 im Rahmen der Gesamterneuerungswahl der 15 Mitglieder und 6 Ersatzmitglieder des Gerichts.

Das Gericht konstituierte sich daher per 1. April 2025 für die Periode bis 30. Juni 2025 und per 1. Juli 2025 für die Periode bis 30. Juni 2031 neu.

Zwei Gerichtsschreibende haben das Gericht im Berichtsjahr verlassen. Eine Person wurde pensioniert und eine Person wechselte nach der Ausleihe in den Einsatzbetrieb. Fünf Gerichtsschreibende haben im Verlauf des Jahres die Arbeit aufgenommen.

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHV (AHVG)	85	170	124	131
AL (AVIG)	136	344	255	225
BV (BVG)	74	93	77	90
EE (Covid-19-Verordnung)	3	5	6	2
EO (EOG)	1	5	4	2
IV (IVG)	564	866	611	819
KK (VVG)	66	52	58	60
KV (KVG)	57	157	109	105
MV (MVG)	0	1	0	1
OH (OHG)	8	4	7	5
UV (UVG)	180	246	180	246
ÜL (ÜLG)	1	1	2	0
ZL (ELG/ZLG)	109	137	117	129
Übrige	4	18	5	17
2025	**1'288**	**2'099**	**1'555**	**1'832**
2024	941	1'806	1'459	1'288
Differenz	+347	**+293**	**+96**	**+544**

Als Unterstützung für das Generalsekretariat hat per September 2025 RA lic. iur. Alexandra Altherr Müller ihre Arbeit als stellvertretende Generalsekretärin und Leiterin Digitale Transformation aufgenommen.

Zwei Mitarbeitende des Generalsekretariats / der Zentralen Dienste haben das Gericht verlassen und drei neue Mitarbeitende die Arbeit aufgenommen.

Die Übersicht auf Seite 10 f. zeigt den Bestand der Belegschaft des Sozialversicherungsgerichts am 31. Dezember 2025.

Gesetzesrevisionen
Sowohl beim Bund als auch beim Kanton sind verschiedene Bestrebungen im Gang, die Grundlagen für einen rechtsgültigen und medienbruchfreien elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Privaten und Behörden zu schaffen:

Mit der Verabschiedung der entsprechenden Bestimmungen im kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) und ihrem (um ein Jahr verschobenen) Inkrafttreten am 1. Januar 2027 hat der Kanton dies für den kantonalen Behördenverkehr und die kantonalen Verwaltungsverfahren bereits zu einem grossen Teil umgesetzt. Auf der Ebene des Bundes hat das Parlament 2024 das Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ; SR 172.023) verabschiedet, dessen vollständiges Inkrafttreten und seine Umsetzung für den Kanton Zürich jedoch noch nicht festgelegt sind.

Dazwischen bestehen für den Zuständigkeitsbereich des Sozialversicherungsgerichts gewisse Regelungslücken. Diese sollen durch eine Änderung des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (GSVGer) geschlossen werden. In Abstimmung mit dem Gericht hat der Gesetzgebungsdienst der Direktion der Justiz und des Innern entsprechende Bestimmungen erarbeitet und im April 2025 die Vernehmlassung dazu durchgeführt (Referenz 2024-118; VNL 1001775). Aufgrund des Ergebnisses der Vernehmlassung wurde der Gesetzestext nochmals überarbeitet; diese Arbeiten und die Ausarbeitung des Regierungsratsantrages an den Kantonsrat waren Ende 2025 noch im Gang.

Am 16. April 2025 beantragte das Gericht beim Kantonsrat die Anpassung des Besoldungsbeschlusses (KR-Nr. 175/2025) mit dem Ziel, die jahrzehntelange Praxis des Gerichts, Ersatzmitglieder mit festem Beschäftigungsgrad auf Basis der Lohnklasse 27 Lohnstufe 17 zu entschädigen, in eine formellrechtliche Grundlage zu überführen. Zudem sollen künftig fallentschädigte Ersatzmitglieder nach Aufwand statt nach Sitzungsgeldern entschädigt werden. Die Vorlage wurde in der Justizkommission präsentiert und beraten und war Ende 2025 pendent. Im Zusammenhang mit der Frage der Höhe der Entschädigung von ordentlichen teilamtlichen Mitgliedern, die in der Vergangenheit zugleich als Ersatzmitglieder gewählt worden waren, stand das Gericht wie schon im Vorjahr im Austausch mit der Justizkommission.

Bauprojekt
Ende August 2025 begannen die Bauarbeiten für den Neubau des Sozialversicherungsgerichts mit dem Aushub. Die weitere Planung und die Arbeiten auf der Baustelle schritten planmässig voran. Im Oktober 2025 erfolgte der Abschluss des Verfahrens «Kunst am Bau» mit einer Beurteilungssitzung und Zuschlagserteilung.

Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Geschäftslast
Die Eingänge am Schiedsgericht stiegen von 15 Fällen im Vorjahr auf 18 Fälle im Berichtsjahr. Das Schiedsgericht erledigte 168 Fälle (Vorjahr 11 Fälle). 10 Fälle konnten in weniger als 12 Monaten erledigt werden. 147 Fälle wurden infolge Rückzugs abgeschrieben. Die Pendenzen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 150 Fälle auf 35 Fälle.

Personelles
Am Schiedsgericht arbeiteten im Berichtsjahr insgesamt zwei Richterinnen und fünf Gerichtsschreibende, alle im Teilzeitpensum. Ende Jahr wurden zwei weitere Gerichtsschreiberinnen im Teilzeitpensum für das Schiedsgericht ernannt. Sie werden ihre Tätigkeit im Jahr 2026 aufnehmen.

2 Zusammensetzung der Geschäftsleitung, der Kammern und des angegliederten Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Geschäftsleitung

Vorsitz
Grieder-Martens Annette, Gerichtspräsidentin, ab Juli 2025
Gräub Erich, Gerichtspräsident, bis Juni 2025

Mitglieder
Philipp Regula, 1. Vizepräsidentin, ab Juli 2025
Grieder-Martens Annette, 1. Vizepräsidentin, bis Juni 2025
Fehr Gianola Pascale, Vizepräsidentin, bis Juni 2025
Hurst Robert, Vizepräsident, bis Juni 2025
Gräub Erich, Vizepräsident, ab Juli 2025
Malnati Burkhardt Cristina, Generalsekretärin (beratende Stimme)

Zusammensetzung der Kammern

(Stand 31.12.2025)

I. Kammer

Geteilter Vorsitz
Philipp Regula*
Fehr Gianola Pascale*

Mitglieder
Curiger Eliane
Kübler Stephan
Maurer Reiter Edith

Ersatzmitglieder
Boller Samuel
Wilhelm Georg

II. Kammer

Geteilter Vorsitz
Grieder-Martens Annette*
Bachofner Benjamin*

Mitglieder
Käch Amsler Franziska
Romero-Käser Irene
Sager Rahel

Ersatzmitglieder
Lienhard-Böhler Stefanie
Muraro-Sigalas Andriane

III. Kammer

Vorsitz
Gräub Erich

Mitglieder
Arnold Gramigna Christa*
Hurst Robert
Senn Tanya
Slavik Eva

Ersatzmitglieder
Sonderegger Stefan
Würsch Marco

* Spruchkörpervorsitzende

Angegliedertes Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Leitendes Mitglied
Fehr Gianola Pascale

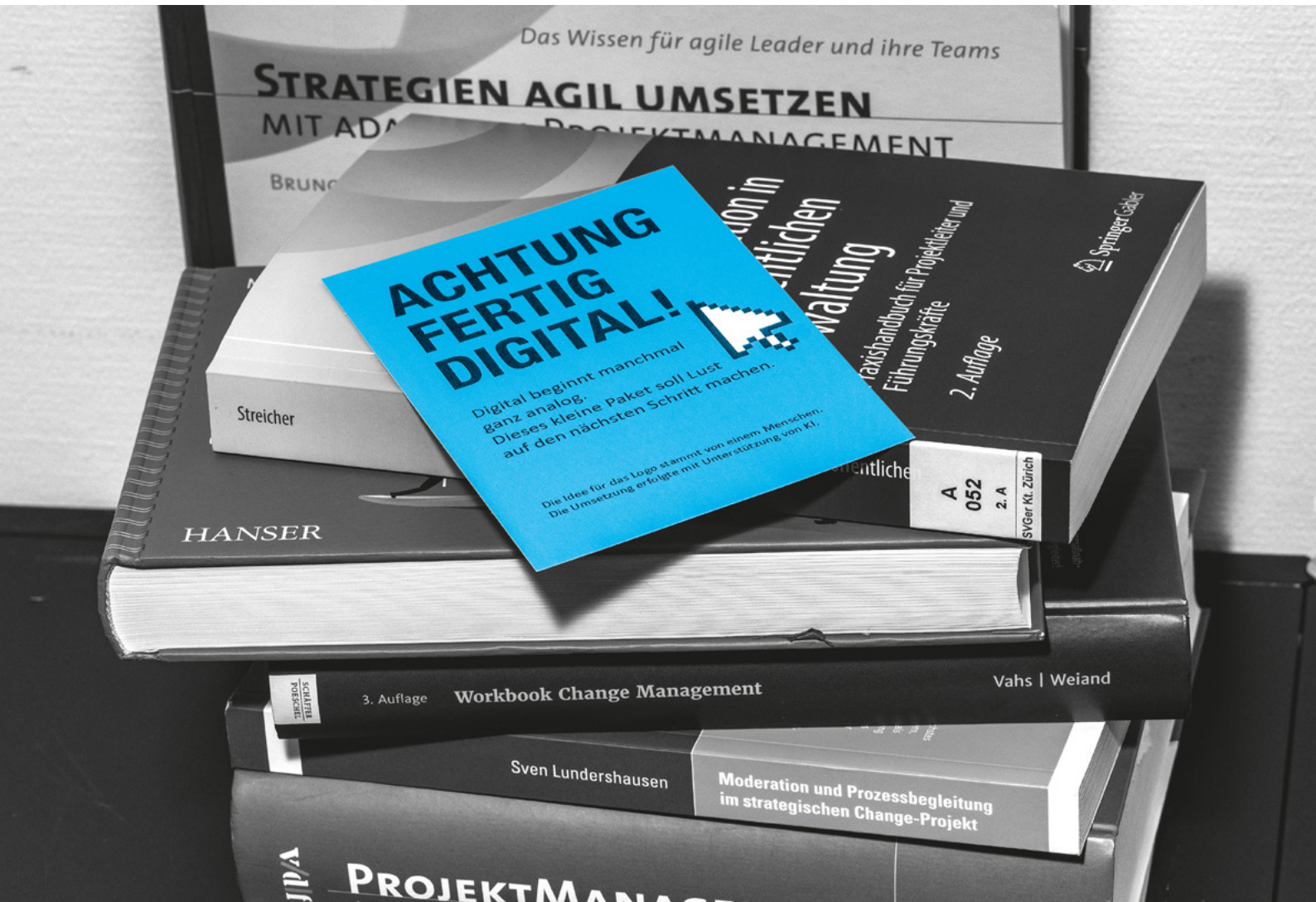
Stellvertretung
Philipp Regula

3 Personelles

3.1 Übersicht

	Anzahl Personen	Anzahl Vollzeit	Anzahl Teilzeit
Richterinnen	11	3	8
Richter	4	2	2
Ersatzrichterinnen	2	0	2
Ersatzrichter	4	0	4
Gerichtsschreiberinnen	33	10	23
Gerichtsschreiber	13	6	7
Generalsekretariat / Zentrale Dienste Mitarbeiterinnen	14	5	9
Generalsekretariat / Zentrale Dienste Mitarbeiter	6	6	0
Total*	**81**	**32**	**49**
Gesamt (weiblich)	58	18	40
Gesamt (männlich)	23	14	9

* 6 Personen fungierten in Doppelfunktionen als Ersatzmitglied und Gerichtsschreiberin bzw. Gerichtsschreiber. Sie sind deshalb im Gesamttotal nur einmal gezählt.
Gestützt auf § 5 Abs. 6 Satz 1 GSVGer wurden die von vier Richterinnen und Richtern beantragten Pensumsverschiebungen bewilligt, wodurch sich deren Beschäftigungsgrad veränderte.
Mitarbeitende sowie Richterinnen und Richter mit einem Beschäftigungsgrad von 90 % werden analog zur kantonalen Personalstatistik als Vollzeitbeschäftigte ausgewiesen (zurzeit 13 Mitarbeitende und 1 Richterin).



3.2 Belegschaft

Richterinnen und Richter
Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2025 bis 2031

Arnold Gramigna Christa, lic. iur., RA
(Die Mitte, Teilamt 50 %)

Bachofner Benjamin, lic. iur., RA
(GLP, Vollamt)*

Curiger Eliane, Dr. iur., RA
(SVP, Vollamt)*

Fehr Gianola Pascale, lic. iur., RA
(FDP, Vollamt)

Gräub Erich, lic. iur., RA
(SVP, Vollamt)

Grieder-Martens Annette, lic. iur., RA
(SP, Teilamt 90 %)

Hurst Robert, Dr. iur.
(GP, Teilamt 50 % sowie bis Juni 2025 befristetes Ersatzrichteramt 50 %)

Käch Amsler Franziska, lic. iur., RA
(GP, Teilamt 50 %)

Kübler Stephan, lic. iur., RA
(SP, Teilamt 50 %)

Maurer Reiter Edith, lic. iur., RA
(GLP, Teilamt 50 %)

Philipp Regula, lic. iur., RA
(EVP, Teilamt 50 %)

Romero-Käser Irene, lic. iur., RA
(FDP, Teilamt 50 %)

Sager Rahel, lic. iur., RA
(Die Mitte, Teilamt 50 %)

Senn Tanya, lic. iur.
(SVP, Teilamt 50 %)

Slavik Eva, Dr. iur.
(SP, Teilamt 60 %)

Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter
gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2025 bis 2031

Boller Samuel, lic. iur., RA
(SP)

Gasser Küffer Birgit, lic. iur., RA
(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts, bis Juni 2025 befristetes Ersatzrichteramt 50 %)**

Lienhard-Böhler Stefanie, lic. iur., RA
(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts)

Muraro-Sigalas Andriane, lic. iur., RA
(FDP)

Sonderegger Stefan, lic. iur., RA
(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts)

Wilhelm Georg, lic. iur., RA
(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts)

Würsch Marco, MLaw
(SVP)

Generalsekretariat

Malnati Burkhardt Cristina, lic. iur., RA, Generalsekretärin
Altherr Müller Alexandra, lic. iur., RA, stellvertretende Generalsekretärin*
Fonti Fabienne, MLaw, stellvertretende Generalsekretärin

Leitende Gerichtsschreiberinnen und Leitende Gerichtsschreiber

Klemmt Yves-Alain, lic. iur., RA
Lanzicher Sara, MLaw, RA
Muraro-Sigalas Andriane, lic. iur., RA
Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
Wyler Fabian, lic. iur., RA

Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber

Bachmann Yvonne, lic. iur.
Barblan Susanne, lic. iur.
Böhme Anna, Dr. iur.
Boller Samuel, lic. iur., RA
Bonetti Cynthia, lic. iur., RA
Brugger Markus, lic. iur., RA
Brügger Felix, lic. iur., RA
Brühwiler Patrick, lic. iur., RA
Casanova Claudia, MLaw, RA
Engesser Sonja, MLaw, RA
Gasser Küffer Birgit, lic. iur., RA
Geiger Karolina, lic. iur., RA
Gempeler Annika, MLaw*
Hartmann Irène, lic. iur., RA
Hediger Evelyn, lic. iur.
Hübscher Reto, lic. iur., RA
Keller Sarah, MLaw
Kübler-Zillig Judith, lic. iur.
Leicht Wrann Katrin, lic. iur.
Lienhard-Böhler Stefanie, lic. iur., RA
Meierhans-Kudelski Joëlle, lic. iur., RA
Müller Mauriz, MLaw**
Nef Thomas, lic. iur.
Neuenschwander-Erni Corinne, lic. iur., RA
O'Hara Lesley, MLaw*
Peter-Schwarzenberger Scarlett, MLaw, RA
Portmann Karin, lic. iur.*
Rüttimann Andrea Manuela, MLaw*
Sauter Rahel, MLaw, RA
Schetty Alain, lic. iur.
Schilling Susanne, lic. iur., RA
Schleiffer Marais Prisca, Dr. iur., RA
Schneider Patricia, MLaw, RA*
Schucan Claudia, lic. iur.
Schüpbach Stéphanie, MLaw, RA
Sonderegger Stefan, lic. iur., RA
Stadler Anja, MLaw, RA
Stocker Werner, Dr. iur., RA**
Volz Melchior, lic. iur.
Wantz Simona, MLaw
Widmer Linda, lic. iur., RA
Wilhelm Georg, lic. iur., RA
Würsch Marco, MLaw

Gerichtsverwaltung – Zentrale Dienste
Finanzen / Controlling / Statistik

Rüegg Dieter, lic. rer. publ. HSG, Adjunkt

Informationsverwaltung

Küchler Marcel, lic. iur., RA, MAS ALIS

Anonymisierung

Paradiso Pasquale, lic. iur., RA

Informatik

Meierhans Severin, Leitung
Tetik Selcuk, Verantwortlicher Infrastruktur / Systeme

Assistenz Generalsekretariat / Personaladministration / Facility Management

Kilchmann Priska*

Facility Management

Schnider Silas**

Fachassistentin Verwaltungssekretariat

Lisibach-Marty Jrene

Verwaltungssekretariat

Fonti Fabienne, MLaw, Leitung
Picone Monika, Leitung Stv.
Gagliarde Egli Stefania*
Gmür Raphaela
Kammermann Bletsch Monika*
Lehmann Delia
Münger Andrea*
Roknic Alica
Sabedini-Rama Rajmonda**
Schenker Monika
Vullhorst Stefan
Wels Belgin

*
Eintritt oder Funktionsänderung im Laufe des Berichtsjahres

**
Austritt oder Funktionsänderung im Laufe des Berichtsjahres

3.3 Schulung und Weiterbildung

Im Rahmen von externen öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren sind im Berichtsjahr 55 Veranstaltungstage belegt worden (inkl. Kostenübernahme durch das Sozialversicherungsgericht sowie mit Anrechnung des entsprechenden individuellen Zeitaufwandes an die Arbeitszeit).

Aus dem Programm von externen Anbietern wurden drei Veranstaltungstage besucht.

Gerichtsintern wurden folgende Weiterbildungen durchgeführt:

Im Januar wurde von MOVIS AG das Angebot im Rahmen der bereits seit Längerem existierenden Zusammenarbeitsvereinbarung im Bereich betriebliches Gesundheitsmanagement vertieft vorgestellt und erläutert.

Im Mai wurden im Zusammenhang mit der Neuerstellung der betrieblichen Notfallorganisation acht Personen durch den Samariterverein Winterthur als betriebliche Ersthelfer ausgebildet.

In Zusammenarbeit mit der Firma YourPower fand am 28. August für sieben Personen (Mitarbeitende des Empfangs) während eines halben Tages ein Sicherheitstraining zum Thema Gewaltprävention statt. Sodann wurde am 13. November, ebenfalls zusammen mit YourPower, die alljährliche Auffrischungsschulung für das D-Team mit insgesamt zehn Personen durchgeführt.

Zudem besuchten zwei Richterinnen und Richter die Tagung «Tag der Richterinnen und Richter».

ACHTUNG
FERTIG
DIGITAL!
Grundrechte
Staatsrecht
Kommentar
zum
Sozialrecht
UNO-BRK
Kommentar
zur Bundesverfassung
der Schweizerischen
Eidgenossenschaft
III
ACHTUNG
FERTIG
GITAL!

4 Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

4.1 Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte

1. Plenarausschuss der Gerichte
Der Plenarausschuss der Gerichte delegierte Verwaltungsrichterin Dr. iur. Tamara Nüssle in den Begleitenden Ausschuss der Finanzkontrolle gemäss § 4 des Finanzkontrollgesetzes (FKG).

2. Verwaltungskommission der Gerichte
Die Verwaltungskommission der Gerichte konstituierte sich per 1. Juli 2025 für den Rest der Amtsdauer 2024 bis 2026 mit Dr. iur. André Moser, Präsident des Verwaltungsgerichts, als Präsident, und lic. iur. Annette Grieder-Martens, Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts, als Vizepräsidentin.

Sie äusserte sich gegenüber der Finanzdirektion zur Änderung der kantonalen Personalgesetzgebung betreffend die Beendigung des Anstellungsverhältnisses, gegenüber der Direktion der Justiz und des Innern im Rahmen des Projekts Justitia 4.0 zur Vereinbarung justitia.swiss und gegenüber der Baudirektion zweimal zum dringlichen Postulat der Kommission für Planung und Bau betreffend Büroflächenstandard für Gerichtsgebäude (KR-Nr. 333/2024). Vor dem Hintergrund dieses Postulats beschloss sie in Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt einen Standard für die Büros der Gerichte, der sich weitestgehend an den kantonalen Standard annähert. Demgegenüber verzichtete die Verwaltungskommission der Gerichte auf Stellungnahmen gegenüber der Direktion der Justiz und des Innern zur parlamentarischen Initiative der Geschäftsleitung des Kantonsrates betreffend Notstandsgesetzgebung (KR-Nr. 452/2022) und zur Teilrevision des Gemeindegesetzes betreffend Neuordnung des Rechtsmittels der Neubeurteilung sowie gegenüber der Finanzdirektion zur Anpassung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung betreffend Konsolidierungskriterien, zur Anfrage betreffend finanzielle Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (KR-Nr. 85/2025), zur Anpassung der Rechnungslegungsverordnung betreffend Ausnahme von IPSAS 43 (Leasing) und zur Anfrage der Kantonsräte Roger Cadonau, Hans Egli und Thomas Lamprecht betreffend Bargeldannahme im Kanton Zürich (KR-Nr. 332/2025).

Der Regierungsrat beschloss unter anderem auf entsprechendes Ersuchen der Verwaltungskommission der Gerichte, die Inkraftsetzung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes (DigiLex) und der ausführenden Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren um ein Jahr auf den 1. Januar 2027 zu verschieben (RRB Nr. 715/2025).

Die Geschäfte der Verwaltungskommission der Gerichte wurden im Rahmen von drei Sitzungen und im Übrigen auf dem Zirkularweg erledigt.

4.2 Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte (Delegierte)

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts im Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte waren die folgenden Richterinnen und Richter:

Arnold Gramigna Christa
Fehr Gianola Pascale
Grieder-Martens Annette
Kübler Stephan
Slavik Eva

5 Sachliche Zuständigkeit

5.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 ff. des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)
- die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (FamZG)
- Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht, soweit es Bundesrecht oder kantonales Recht vorschreibt oder zulässt, als einzige Gerichtsinstanz zuständig für

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89a Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 281 Abs. 3 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) in Verbindung mit Art. 25a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) im Sinne von Art. 7 ZPO
- Beschwerden betreffend Soforthilfe und längerfristige Hilfe, Entschädigung und Genugtuung im Sinne von Art. 13, 19 ff. und 22 f. des Opferhilfegesetzes (OHG) in Verbindung mit § 16 des Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz
- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13, 19a und 20 des Zusatzleistungsgesetzes (ZLG)
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171a des Landwirtschaftsgesetzes (LG)
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG
- Genehmigungen des Einsatzes von technischen Instrumenten zur Standortbestimmung gemäss Art. 43b ATSG
- Beschwerden gemäss Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall vom 20. März 2020
- Beschwerden betreffend Anordnungen der Direktion über Leistungsansprüche nach § 53 Abs. 1 des Selbstbestimmungsgesetzes (SLBG)

5.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten beurteilt gemäss § 35 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG), Art. 27^{quinquies} des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG).

6 Rechtsprechung

Unter der Internetadresse **sozialversicherungsgericht.zh.ch** stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung.

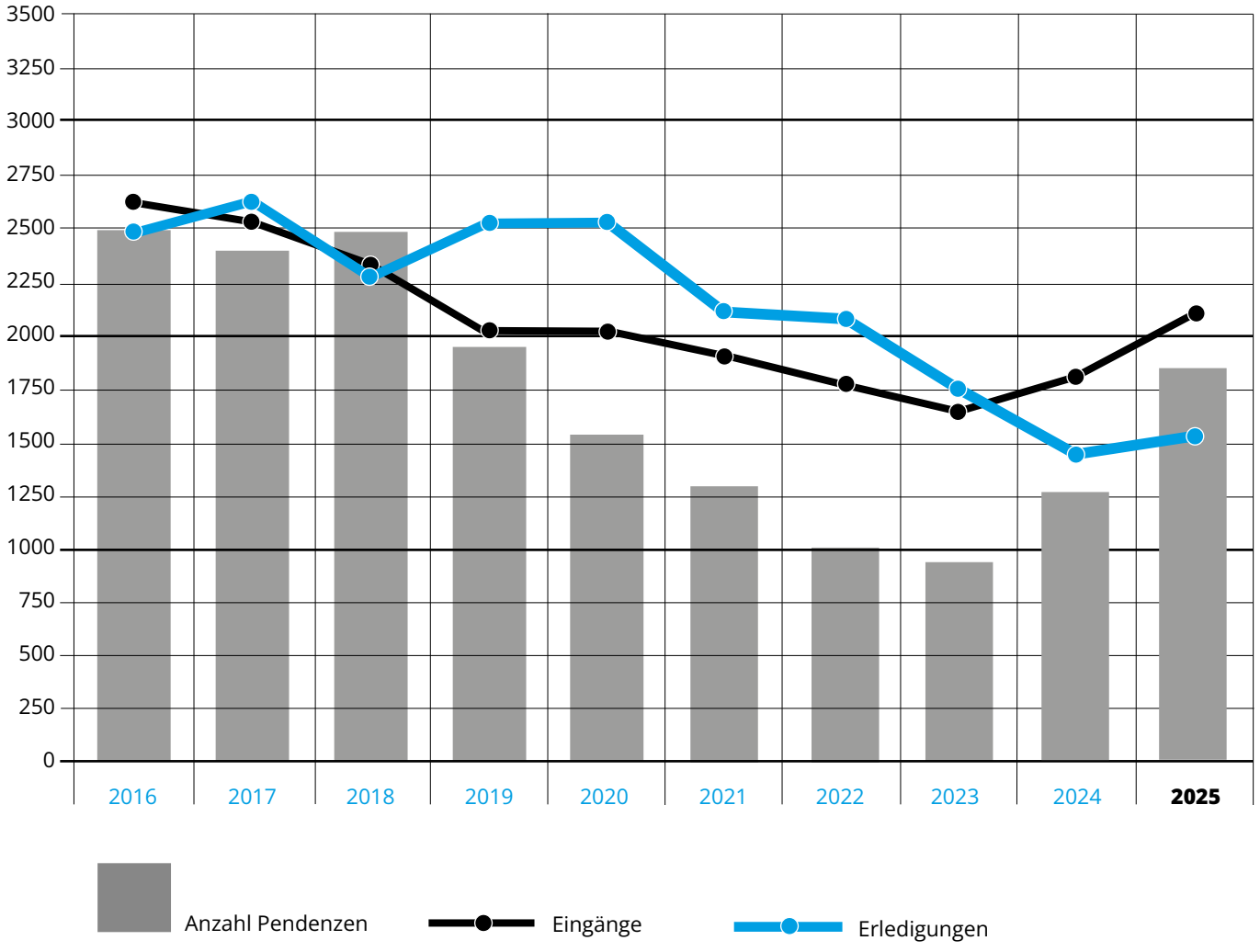
Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können mit spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht gegen eine Gebühr bestellt werden.

Anhang
Statistische Übersichten

Sozialversicherungsgericht

Eingänge, Erledigungen und Pendenzen von 2016 bis 2025

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	2'625	2'521	2'321	2'032	2'089	1'921	1'772	1'682	1'806	**2'099**
Erledigungen	2'471	2'630	2'281	2'505	2'503	2'148	2'073	1'750	1'459	**1'555**
Pendenzen	2'493	2'384	2'424	1'951	1'537	1'310	1'009	941	1'288	**1'832**



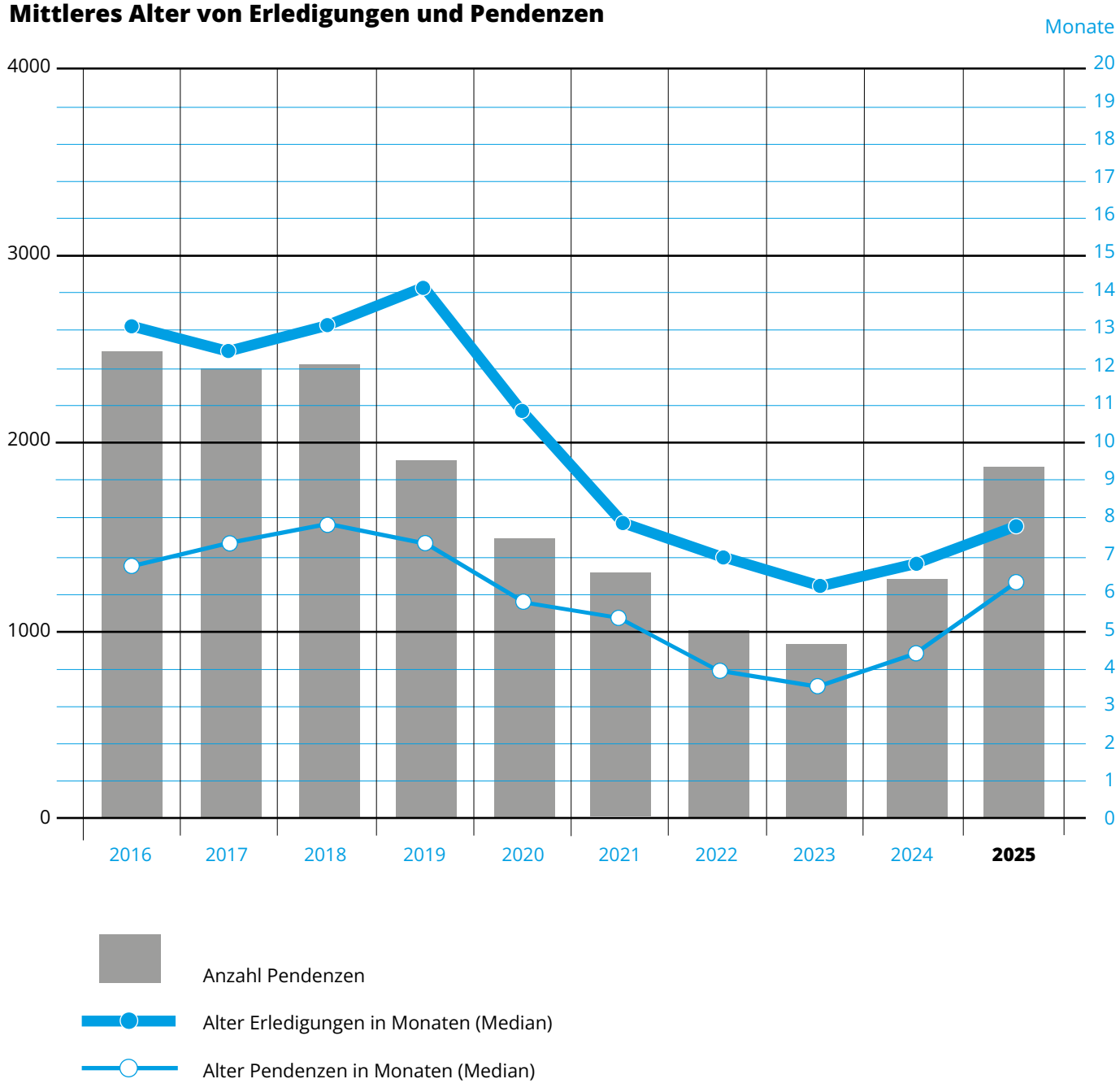
Eingänge in den einzelnen Rechtsgebieten von 2021 bis 2025

	2021	2022	2023	2024	**2025**	Durchschnitt
AHV (AHVG)	128	125	148	136	**170**	141
AL (AVIG)	379	327	261	249	**344**	312
BV (BVG)	81	101	98	83	**93**	91
EE (Covid-19-Verordnung)	59	85	17	8	**5**	35
EO (EOG)	1	3	6	2	**5**	3
IV (IVG)	765	659	695	777	**866**	752
KK (VVG)	50	39	34	75	**52**	50
KV (KVG)	94	75	97	101	**157**	105
MV (MVG)	3	0	3	1	**1**	2
OH (OHG)	4	8	2	9	**4**	5
UV (UVG)	245	244	180	220	**246**	227
ÜL (ÜLG)		2	0	5	**1**	2
ZL (ELG/ZLG)	100	84	128	135	**137**	117
Übrige	12	20	13	5	**18**	14
Total	1'921	1'772	1'682	1'806	**2'099**	1'856

Anteil der Eingänge in den einzelnen Rechtsgebieten in Prozent von 2021 bis 2025

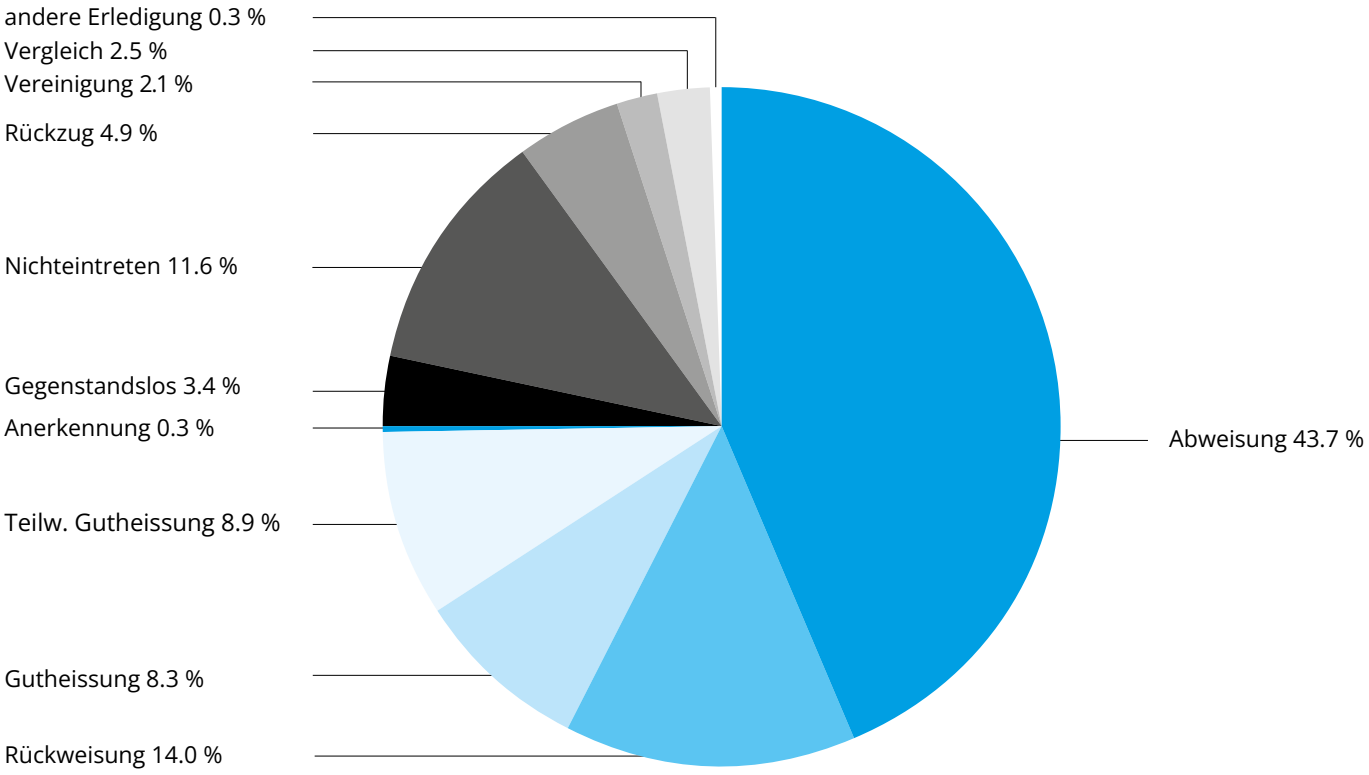
	2021	2022	2023	2024	**2025**	Durchschnitt
AHV (AHVG)	6.7	7.1	8.8	7.5	**8.1**	7.6
AL (AVIG)	19.7	18.5	15.5	13.8	**16.4**	16.8
BV (BVG)	4.2	5.7	5.8	4.6	**4.4**	4.9
EE (Covid-19-Verordnung)	3.1	4.8	1.0	0.4	**0.2**	1.9
EO (EOG)	0.1	0.2	0.4	0.1	**0.2**	0.2
IV (IVG)	39.8	37.2	41.3	43.0	**41.3**	40.5
KK (VVG)	2.6	2.2	2.0	4.2	**2.5**	2.7
KV (KVG)	4.9	4.2	5.8	5.6	**7.5**	5.6
MV (MVG)	0.2	0.0	0.2	0.1	**0.0**	0.1
OH (OHG)	0.2	0.5	0.1	0.5	**0.2**	0.3
UV (UVG)	12.8	13.8	10.7	12.2	**11.7**	12.2
ÜL (ÜLG)		0.1	0.0	0.3	**0.0**	0.1
ZL (ELG/ZLG)	5.2	4.7	7.6	7.5	**6.5**	6.3
Übrige	0.6	1.1	0.8	0.3	**0.9**	0.7
Total	100	100	100	100	**100**	

Mittleres Alter von Erledigungen und Pendenzen



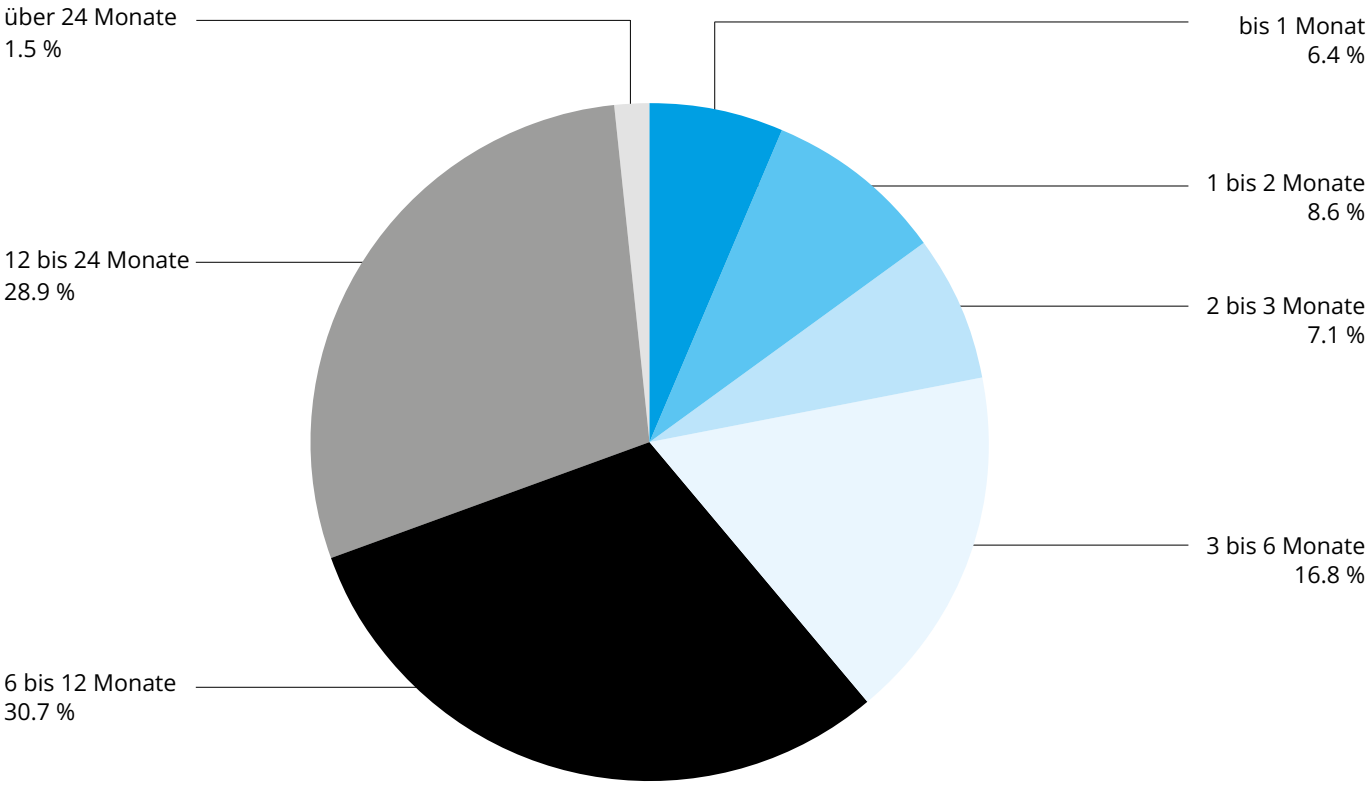
Erledigungsart

	AHV (AHVG)	**AL** (AVIG)	**BV** (BVG)	**EE** (Covid-19-Verordnung)	**EO** (EOG)	**IV** (IVG)	**KK** (VVG)	**KV** (KVG)	**MV** (MVG)	**OH** (OHG)	**UV** (UVG)	**ÜL** (ÜLG)	**ZL** (ELG/ZLG)	**Übrige**	**2025**	2024
Abweisung	47	140	20	3	1	257	6	57	0	2	98	1	47	1	**680**	727
Rückweisung	5	11	0	0	0	165	0	4	0	1	20	1	9	1	**217**	232
Gutheissung	5	20	18	0	1	54	3	4	0	0	15	0	9	0	**129**	133
Teilw. Gutheissung	12	11	26	3	0	42	7	6	0	2	11	0	18	1	**139**	98
Anerkennung	0	0	1	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	**4**	4
Gegenstandslos	9	16	0	0	1	12	3	4	0	0	5	0	2	1	**53**	40
Nichteintreten	28	48	4	0	1	33	3	23	0	2	23	0	15	1	**181**	122
Rückzug	8	6	6	0	0	31	4	6	0	0	5	0	10	0	**76**	58
Vereinigung	9	3	1	0	0	12	0	4	0	0	1	0	3	0	**33**	30
Vergleich	0	0	1	0	0	4	29	1	0	0	1	0	3	0	**39**	13
andere Erledigung	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	**4**	2
Total	124	255	77	6	4	611	58	109	0	7	180	2	117	5	**1'555**	1'459



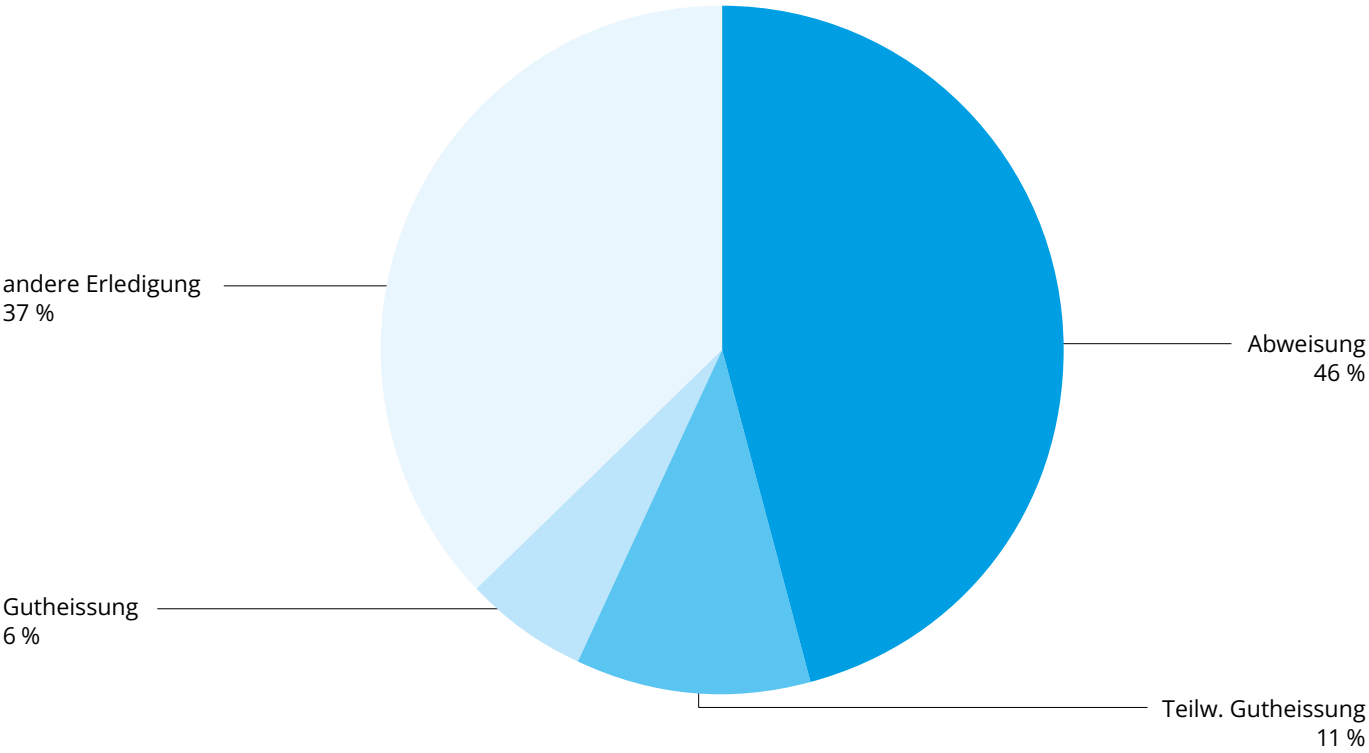
Erledigungsalter in Monaten

	AHV (AHVG)	**AL** (AVIG)	**BV** (BVG)	**EE** (Covid-19-Verordnung)	**EO** (EOG)	**IV** (IVG)	**KK** (VVG)	**KV** (KVG)	**MV** (MVG)	**OH** (OHG)	**UV** (UVG)	**ÜL** (ÜLG)	**ZL** (ELG/ZLG)	**Übrige**	**2025**	2024
bis 1	18	21	1	0	0	27	1	13	0	1	9	0	7	1	**99**	76
1 bis 2	13	45	10	0	2	19	3	16	0	1	15	0	9	1	**134**	96
2 bis 3	12	35	14	0	0	20	5	11	0	0	5	0	7	1	**110**	139
3 bis 6	23	49	10	1	1	108	13	26	0	0	17	0	13	0	**261**	315
6 bis 12	21	63	10	4	1	244	18	20	0	3	61	2	30	1	**478**	605
12 bis 24	36	42	29	1	0	181	16	23	0	2	69	0	49	1	**449**	203
über 24	1	0	3	0	0	12	2	0	0	0	4	0	2	0	**24**	25



Vom Bundesgericht erledigte Prozesse

	AHV (AHVG)	**AL** (AVIG)	**BV** (BVG)	**EE** (Covid-19-Verordnung)	**EO** (EOG)	**IV** (IVG)	**KK** (VVG)	**KV** (KVG)	**MV** (MVG)	**OH** (OHG)	**UV** (UVG)	**ÜL** (ÜLG)	**ZL** (ELG/ZLG)	**Übrige**	**2025**	2024
Abweisung	7	7	5	1	0	49	10	5	0	0	17	0	3	0	**104**	118
Teilw. Gutheissung	1	1	3	0	0	11	0	2	0	0	5	0	1	1	**25**	14
Gutheissung	0	5	0	0	0	2	1	0	0	0	3	0	2	0	**13**	18
andere Erledigung	12	11	3	0	0	20	3	10	0	1	9	0	13	0	**82**	75
Total	20	24	11	1	0	82	14	17	0	1	34	0	19	1	**224**	225



Total sind 83.04 % (Vorjahr 85.78 %) der an das Bundesgericht weitergezogenen Entscheide des Sozialversicherungsgerichts bestätigt worden (Abweisung und andere Erledigung unter Bestätigung des Entscheids). Gemessen an der gesamten Anzahl Erledigungen des Sozialversicherungsgerichts sind rund 98 % aller Sozialversicherungsgerichtsentscheide entweder unangefochten rechtskräftig geworden oder vom Bundesgericht bestätigt worden.

Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Bestand und Erledigungen

	2025	2024
Übertrag Vorjahr	**185**	181
Eingänge	**18**	15
Erledigungen	**168**	11
Pendenzen	**35**	185

Erledigungsart

	2025	2024
Abweisung	**2**	2
Rückweisung	**0**	0
Gutheissung	**1**	1
Teilweise Gutheissung	**1**	0
Anerkennung	**0**	0
Gegenstandslos	**0**	1
Nichteintreten	**0**	0
Rückzug	**147**	1
Vereinigung	**0**	0
Vergleich	**17**	6
Total	**168**	11

Verfahrensdauer in Monaten

	2025	2024
bis 1	**3**	0
1 bis 2	**1**	0
2 bis 3	**0**	0
3 bis 6	**2**	2
6 bis 12	**4**	2
12 bis 24	**4**	3
über 24	**154**	4

Abkürzungen

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AL	Arbeitslosenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1)
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (SR 837.0)
AVIG	Bun
BEKJ	Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (SR 172.023)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall	Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (SR 830.31)
EE	Erwerbsausfallentschädigung Covid-19-Verordnung
ELG	Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.30)
EO	Erwerbsersatzordnung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (SR 834.1)
FamZG	Bundesgesetz über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (SR 836.2)
FKG	Finanzkontrollgesetz (LS 614)
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (SR 836.1)
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz) (SR 831.42)
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht (LS 212.81)
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
KK	Krankenversicherung, Zusatzversicherung
KV	Krankenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (SR 832.10)
LG	Landwirtschaftsgesetz (LS 910.1)
MV	Militärversicherung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung (SR 833.1)
OH	Opferhilfe
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz) (SR 312.5)
SB	Selbstbestimmung
SLBG	Gesetz über den selbstbestimmten Leistungsbezug durch Menschen mit Behinderung (Selbstbestimmungsgesetz) (LS 831.5)
ÜL	Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose
ÜLG	Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (SR 837.2)
UV	Unfallversicherung
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung (SR 832.20)
VRG	Verwaltungsrechtspflegegesetz (LS 175.2)
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (SR 221.229.1)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (SR 210)
ZL	Zusatzleistungen zur AHV/IV
ZLG	Zusatzleistungsgesetz (LS 831.3)
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung (SR 272)

ACHTUNG
FERTIG
DIGITAL!
BIO TOP 3® extra
the sustainable office paper
for all printing applications
mondi
Made in Austria
A4
210x297mm
80 g/m²
5x500
Blatt/Sheets/Feuilles
100% TCF

**Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich**

Lagerhausstrasse 19
Postfach, 8401 Winterthur
Telefon 052 268 10 10
sozialversicherungsgericht.zh.ch